

Paul Spiegel nach der Debatte zum jüdischen Leben:

## „Stolz, ein Bürger des Landes zu sein“

Mit lebhaftem Beifall begrüßten die Landtagsabgeordneten am 2. Juli die prominenten Vertreterinnen und Vertreter der Jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen auf der Zuhörertribüne des Landtags: Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorstandsvorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Hanna Sperling, Vorstandsvorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe und Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Dortmund, Ebi Lehrer, Vorstandsvorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln, Esra Cohn, Mitglied des Vorstands des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein und Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf sowie der Geschäftsführer des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Herbert Rubinstein.

Freude nach einmütiger Debatte (v.l.): Die Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Paul Spiegel, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, Dr. Ingo Wolf, Chef der FDP-Fraktion und Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD). Foto: Schälte

Sie hatten auf der Empore Platz genommen und verfolgten von hier aus die engagierte und mit tiefem Ernst geführte Debatte des Plenums zum jüdischen Leben in NRW. Angestoßen von einem Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/2681) und der FDP (Drs. 13/2737) hatten die vier Fraktionen sich auf ein gemeinsames Papier verständigt. Einstimmig wurde der fraktionübergreifende Antrag (Drs. 13/3886) mit dem Titel „Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – mehr Wissen, mehr Vertrauen“ angenommen. Nach der Beratung trafen die Gäste mit dem Landtagspräsidenten und den Fraktionsführern und Hauptausschuss-Fraktionsprechern zu einem Empfang zusammen.

Dabei kam Landtagspräsident Ulrich Schmidt auf seinen Besuch der Neuen Synagoge Berlin zurück: Dort habe er ein aus

tausend Splintern wieder zusammengefügtes Becken für die rituelle Waschung, eine Mikwe, gesehen - diese zerstörte und wieder hergestellte Mikwe habe ihn erinnert an die Jüdischen Gemeinden in Deutschland und Nordrhein-Westfalen: „Die jüdischen Gemeinden haben sich nach der Shoah neu gebildet, zögerlich zunächst, aber sie sind stetig gewachsen und heute fester Bestandteil des Lebens. Das erfüllt mein Herz mit ganz besonderer Freude.“ Er wünsche sich, so Schmidt weiter, dass es verstärkt Begegnungen von jüdischen und nicht-jüdischen Menschen gibt. Das sei ein guter Schritt im Rahmen der Integrationsbemü-



hungen. Für den Zentralratsvorsitzenden Paul Spiegel war die Diskussion im nordrhein-westfälischen Landtag „ein Moment, in dem ich aus vollem Herzen sagen kann: Ich bin stolz, ein Bürger des Landes zu sein.“ Spiegel rief alle anderen Landtage in Deutschland auf: „Nordrhein-Westfalen hat ein Zeichen gesetzt. Ich appelliere an alle anderen Landtage, Ähnliches zu versuchen.“

## Landesgesellschaften im Visier parlamentarischer Kontrolle

# Fraktionen einstimmig für Untersuchungsausschuss

Einstimmig hat der Landtag dem Begehren der CDU-Fraktion zugestimmt, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen in landeseigenen Gesellschaften einzurichten. Der Landtag wählte die SPD-Abgeordnete Oda-Gerlind Gawlik zur Vorsitzenden, Herbert Reul (CDU) zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Michael Breuer (CDU) verwies auf erheblichen Klärungsbedarf bei Widersprüchen, Unregelmäßigkeiten und Verstößen bei den Landesgesellschaften hin. Die Landesregierung solle Ross und Reiter nennen. Bei dem Untersuchungsausschuss gehe es „um eine systematische Erfassung der Verstöße gegen Recht und Gesetz“ und um die Aufarbeitung, „ob fahrlässig, grob fahrlässig

oder vorsätzlich Steuergelder verschleudert worden sind“.

Carina Gödecke (SPD) fragte sich, ob der Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses hinreichend präzise und konkret beschrieben ist. Jedenfalls werde die SPD darauf achten, dass bei der Arbeit des Gremiums der Rahmen des Auftrags nicht verlassen wird. Der Union gehe es sicher um Wahrheit und um das Land; aber auch genauso darum, „die Landesregierung und bestimmte Personen medienwirksam an den Pranger zu stellen“.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) teilte mit, ihre Fraktion sei nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage der Auffassung, „dass es keine rechtlichen Bedenken gegen die Einsetzung eines

Untersuchungsausschusses gibt. Im Gegenteil meinen wir, dass er notwendig ist“.

Johannes Remmel (GRÜNE) fand, die Debatte über die gestellten Fragen hätte auch im zuständigen Haushaltskontrollausschuss weiter geführt werden können. Anders als die Koalition habe die CDU keine Vorstellung, in welche Richtung die Landesgesellschaften sich entwickeln sollen.

Herbert Reul (CDU) warnte die SPD davor, die Rechte des Ausschusses zu eng auszulegen. Die Mehrheitsfraktion argumentiere hier so ängstlich und formalistisch, weil sie sich vor dem Problem sehe: „Wie können wir verhindern, dass zuviel gefragt und erfahren wird?“